

Konkretes gegen Überregulierung

Die Aussagen von Peter A. Fischer zu einer überfälligen Regulierungsbremse (NZZ 2./3. 12. 17) kann man vorbehaltlos unterstützen. Inzwischen leben wir in einer Gesellschaft mit einer wahren Regelwut. Wird einer von einem Hund gebissen, werden gleich sämtliche Hundehalter in den Hundehalterkurs geschickt, mit vielen Regeln – die bösen Hunde werden durch diese Regeln nicht zahmer. Hinter allen neuen Regeln bilden sich neue Behörden, sind die erst einmal da, beginnt die Entwicklung, der Ausbau und die Überwachung der Regeln. Ausländische Besucher wundern sich über die grossen, dicken Betontüren in unseren Kellern. Nach der Aufklärung, dass es sich dabei nicht um einen freiwilligen «Ausbau» handelt, sondern um einen behördlich verordneten Atomschutzbunker, bleibt der ausländische Besucher immer etwas ungläubig zurück. «Werdet ihr durch eure Nachbarn mit Atomwaffen bedroht? Wie überlebt ihr in diesen Bunkern ohne Strom, Wasser und Essen? Wie finden die 24 Personen aus dem Mehrfamilienhaus auf diesem engen Raum Platz? Ist es nicht besser, draussen zu sterben als hier in diesem engen Atomschutzbunker, unter all den total verstörten Menschen?» Das Beispiel zeigt: Eine einmal beschlossene Regel ist auch durch neue Fakten kaum mehr zu korrigieren.

Ernst Seiler, Muri (BE)

Wenn man gegen Überregulierung und Bürokratie angehen will, muss man dies in grundsätzlicher Weise anpacken. Eine die Bürokratie überwachende Behörde zu schaffen, hiesse allerdings, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Kontrolle der Verwaltung ist Sache des Parlaments, dieses müsste eine allenfalls mit Experten aus der Lehre zu verstärkende ständige Kommission schaffen. Viele Parlamentarier leisten allerdings selbst einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Überregulierung mit teilweise leichtfertigen Vorstössen, welche unbesehen der Kostenfolgen die Verwaltung auf Trab halten und aufblähen. Hier könnte der Hebel angesetzt werden, zumal die Verwaltung abgesehen von ihrer Eigendynamik das Resultat der Parlamentsarbeit spiegelt. Heute wird die parlamentarische Aktivität, und sei sie noch so überflüssig oder gar sachlich falsch, bedenkenlos mit Sitzungsgeldern entschädigt. Besser würde jedem Parlamentsmitglied statt präsensbezogenes Sitzungsgeld zu Beginn der Legislatur ein Sitzungsgeldguthaben zugestanden,

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

welchem in der Folge für jeden Vorstoss ein gewisser die Verwaltungskosten deckender Kostenbeitrag belastet wird. Im Erfolgsfall könnte dieser dann wieder gutgeschrieben werden. Zudem sollte jedes Gesetz nach zum Beispiel drei Amtsperioden (12 Jahren) auf den Prüfstand gestellt werden. Ich mache mir allerdings aus persönlicher parlamentarischer Erfahrung keine allzu grossen Illusionen, dass solch kreative Ideen in Bundesbern je auf fruchtbaren Boden fallen werden.

Hans-Jacob Heitz, Männedorf

Der Regulierungsbremse kann ich nur beipflichten, die Bürokratie hat Ausmasse angenommen, wie wir sie schon aus der Zeit der kommunistischen Länder im vorigen Jahrhundert kennen. Unglaublich, wie viel Unsinn und unnötige Kosten hier produziert werden, wobei die interne Bürokratie in vielen Grosskonzernen auch schon ein unwirtschaftliches Mass angenommen hat. Höchste Zeit, dass wieder mehr Praktiker ausgebildet werden, denn die eifrigen Supertheoretiker produzieren alles andere als schlanke Strukturen.

Arthur Zürcher, Zürich

Gesundheitskosten eindämmen

Daniel Scheidegger ist nur zuzustimmen, wenn er diagnostiziert, «es profitieren zu viele» (NZZ 27. 11. 17). Gesundheitskosten einzudämmen und dabei auch Akzeptanz zu erhalten, ist für unsere Gesundheitspolitiker allerdings kaum vergleichbar mit dem Grounding der Swissair, bei welchem es lediglich um das «Luxusgut Fliegen» ging. Dass eine Kosteneindämmung von «innen», also von den Spitälern, Ärzten oder medizinischen Dienstleistern, aufgrund einer Selbstregulierung beherrschbar wäre, ist eine Illusion, zumal die beeinflussenden Faktoren überwiegend von aussen kommen, beispielsweise durch die zunehmende Ausdifferenzierung in verschiedenen Bereichen. Gemeint sind damit neben rein medizinischen Prozeduren vielfältige Anforderungen an medizinische Qualität, an Dokumentation und Datenerhebung, an finanzielle Transparenz, an haftungsrechtliche Anforderungen, an Hygiene und nicht zuletzt auch die Wohnqualität in den Spitälern. Es ist nicht etwa eine Steigerung der Löhne von Ärztinnen und Ärzten, die die Kostenspirale anheizt, jene sind in den letzten Jahren oft tiefer geworden.

Leider scheinen Gesundheit und Wohlergehen der Patienten nur am Rande von politischen Erwägungen zum Gesundheitssystem zu stehen. Anbieter, Unterstützer, Finanzierer, Zulieferer und Trittbrettfahrer medizinischer oder gesundheitlicher Dienstleistungen dominieren mit ihren vielfältigen Eigeninteressen das Feld des Gesundheitsmarktes. Es geht nicht nur um handfeste finanzielle Gewinne auf Kosten der Prämien- und Steuerzahler, sondern auch um Erweiterung der Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzpolitik und Wählergunst. Jeder will mitmischen, mitverdienen, neue Regelungen und Standards einführen, sich einbringen und unersetzlich machen. Pharma- und Medizinalprodukte-Unternehmen, Beraterfirmen, kantonale und Bundesbehörden, Statistik auswertende Institute, Lokalpolitiker, Fachgesellschaften von Ärzten, Pflegefachleuten und anderen Berufsgruppen, Krankenkassen, Sozialversicherungsanstalten. Man könnte, um das Gesund-

heitswesen vor dem «Grounding» zu bewahren, die ärztliche Kunst zu Rate ziehen: Ein Arzt würde beim Patienten frei von Lobbyismus und unbefangenen eine umfassende Diagnostik durchführen, sprich in diesem Falle auch die Komplexität des vielfältigen Profitierens erfassen und aufzeigen, bevor er zum Rezeptblock greift.

Michael Kammer-Spohn, Chur

Ich gratuliere Daniel Scheidegger für seine mutigen, klaren und zutreffenden Aussagen. Er weist als verantwortungsvoller Arzt auf die beiden zentralen Akteure im Gesundheitswesen hin, die für die übermässige Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen verantwortlich sind: der Patient und der Arzt.

Wer als Patient zu jedem Zeitpunkt alles Menschenmögliche an Medikamenten und Behandlungen zu Luxuskonditionen, wie sie in der Schweiz üblich sind, haben will und sich dies über das öffentliche Versicherungssystem, das alle über die Steuern mitbezahlen, abgelten lässt, muss sich über die hohen Prämien nicht wundern. Jeder Patient steht in der Verantwortung, nicht jedem Schmalmeinklang von Gesundheitsaposteln nachzutanzeln, sondern sich als aufgeklärter und mündiger Mensch auch gegenüber ärztlichen Anweisungen kritisch zu verhalten. Niemand kann gegen seinen Willen behandelt werden.

Und wer als Arzt, wider besseres Wissen, nur um seine persönlichen Einkünfte oder die Einnahmen des Spitals zu steigern oder aus Angst vor dem Verlust von Patientenzuweisungen, unnötige Behandlungen anordnet und unnötige Medikamente verschreibt, handelt ebenfalls unkorrekt. Hier stehen auch die Ärzteorganisationen, die Spitäler und die sie beaufsichtigenden Gesundheitsdirektionen der Kantone in der Verantwortung, endlich Qualitätskontrollsysteme durchzusetzen, die Transparenz auf allen Stufen und strenge Sanktionen gegenüber Fehlbaren durchsetzen.

Wenn 20 bis 30 Prozent aller medizinischen Leistungen unnötig sind, wie dies in der Schweiz der Fall ist, erscheint es frevelhaft, über Rationierungen und Ärztemangel zu klagen. Und solange die Kantone die Spitäler nicht durch strategische Vorgaben, wozu sie berechtigt sind, auf ein striktes Leistungs-, Qualitäts- und Kostenmanagement verpflichten, wird der Prämienanstieg munter weitergehen, vielleicht bis zum Grounding, wie Daniel Scheidegger ahnt.

Peter Saladin, Köniz

Erhöhung der Studiengebühren

Die Erhöhung der Studiengebühren an den ETH von heute 1160 auf 1660 Franken pro Jahr gab bei der Budgetdiskussion im Nationalrat zu reden (NZZ 5. 12. 17). Die SP verweigerte deshalb die Zustimmung für die Ausgaben der ETH. Mit diesen zusätzlich rund 10 Millionen Franken, welche die Studierenden leisten, könnte die Ausbildung der Studenten an der ETH Zürich zusätzlich gefördert werden. Diese Massnahme, welche erst 2020 voll zum Tragen kommt, wird keinen Wissensbegierigen von einem Studium an der ETH abhalten, denn grosszügige Stipendien und Studienanleihen helfen finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden. Eine entsprechende Motion, welche die Universität Zürich und die Fachhochschulen betrifft, ist im Zürcher Kantonsrat hängig.

Hans-Peter Häring, Wettswil

TRIBÜNE

Globalbudgets im Gesundheitswesen

Gastkommentar

von MICHEL ROMANENS

Es ist nun einmal so, dass die Menschen krank werden. Solange die Prävention von Krankheiten vernachlässigt wird (Luftverschmutzung, krank machende Arbeitsplätze, liberale Tabakpolitik usw.), nehmen die Kosten im Gesundheitswesen zu und werden die Menschen kränker. Anreize, erkrankte Personen nicht zu behandeln, entsprechen nicht gerade dem eigentlichen Sinn des Gesundheitswesens. Doch darauf laufen die politisch nun geforderten Globalbudgets heraus. Dass dies zu Rationierungen führt, wird auch von den Versicherern als explizites Problem benannt (NZZ 18. 11. 17).

Wissen denn die Politiker nicht, dass wir schon lange ein Globalbudget in der Grundversorgung haben? Die heutigen politischen Forderungen sind lediglich eine kleine Verschärfung wirkungsvoller Globalbudgets in der ambulanten Medizin. Erstens: Die Wirtschaftlichkeitsverfahren von Santésuisse dienen seit über 30 Jahren der Prävention von hohen Kosten in der Arztpraxis, dort wirkt das Globalbudget ab 30 Prozent über dem Kostendurchschnitt der Vergleichsgruppe. Tausende von kranken Personen werden so seit Jahrzehnten unterversorgt, wie Frau Prof. Hurst in Arbeiten aus den Jahren 2005–2009 zeigte. Zweitens: Rund die Hälfte der Schweiz ist in Hausarztmodellen versichert, vor denen der Bundesrat auf Anfrage von Simonetta Sommaruga noch 2006 wegen unbekannter Rationierungseffekte gewarnt hatte. Der Mechanismus in den Hausarztmodellen funktioniert hier über ein Globalbudget in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung OKP mit einem den Versicherungsnehmern in der Regel nicht bewussten Bonus-Malus-System – indem geringere Durchschnittskosten mit einem Bonus belohnt, erhöhte mit einem Malus bestraft werden.

Die ambulante Medizin ist somit vollständig von einem bereits sehr wirksamen Globalbudget gesteuert. Ob damit Kosten über

Wir warten auf die Geburtsstunde der umfassenden öffentlichen und demokratisch kontrollierbaren Versorgungsforschung.

die Jahre und die gesamte Versorgungskette gespart werden, oder ob im Gegenteil durch Abwarten in der Versorgung vermehrt Kosten und vermehrtes Leiden folgen, ist die zentrale Frage. Was zeigt nun die Forschung betreffend den Rationierungseffekt dieser Globalbudgets auf die Versorgungsqualität und die Kosten im Gesundheitswesen?

Die Forschung zu Kostenfolgen von Rationierungen mittels Globalbudgets in der ambulanten schweizerischen Medizin über die gesamte Behandlungskette ist inexistent. Es fehlen den Behörden die entsprechenden Daten. Wenn sich das ändern soll, muss der Bundesrat die von den Leistungserbringern an die Versicherer seit Jahrzehnten gelieferten individuellen Datensätze erkrankter Personen einfordern. Die gesetzliche Grundlage für den Datentransfer ist vorhanden. Das Bundesamt für Statistik wäre damit zu beauftragen, entsprechend intelligente Versorgungsforschung über die einzelnen Versicherer hinaus, also umfassend, zu erarbeiten.

Bleibt die Frage, warum das nicht schon lange gemacht worden ist. Die Versorgungsforschung über sämtliche OKP-Kosten der letzten Jahrzehnte ist im Rahmen der Aufsplittung der bei den Krankenversicherern parkierten Datensätze, auch wenn sie Millionen versicherte Personen umfassen, aus den genannten Gründen der fehlenden Beobachtung gesamter Versorgungsketten qualitativ inakzeptabel, darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen.

Wahrscheinlich hat sich die Politik letztlich auf Behauptungen dieser partikularen Versorgungsforschung verlassen und daraus geschlossen, dass Globalbudgets die Kosten weiter senken, ohne die Qualität der Versorgung zu mindern, also nach dem Motto: Billiger ist besser.

Wir warten auf die Geburtsstunde der umfassenden öffentlichen und demokratisch kontrollierbaren Versorgungsforschung.

Michel Romanens ist Arzt und Präsident des Vereins Ethik und Medizin Schweiz.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Stellvertreter:

Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schürer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andres Wysling, Werner J. Mari, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinwirth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneeberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Daniel Gerry, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer

Bundeshaus: Heidi Omir, Christof Forster, Valerie Zaslavski

Bundesgericht: Kathrin Alder

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gradwohl, Werner Grundtner, Daniel Imwinkelried, Christof Lesinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jörg Müller

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Berner, Brigitte Hürlimann, Stefan Holz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch, Samuel Burgener, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigger

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Martina Lübli, Katrin Schregenberg

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei. **Korrektur:** Yvonne Betschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Manzo. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Berner. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV/Format:** Silvia Fleck. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwssen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Jörg Schnyder (a. i. Vorsitzender Unternehmensleitung)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

NZZ Print & Digital: 715 Fr. (12 Monate), 65 Fr. (1 Monat)

NZZ Digital Plus: 528 Fr. (12 Monate), 48 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 319 Fr. (12 Monate), 29 Fr. (1 Monat)

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 517 € (12 Monate), 47 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 836 Fr. (12 Monate), 76 Fr. (1 Monat). NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

Studenten und Lernende: 50 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 11. 2017

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017

BEGLAUBICTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors